

I. Einleitung

Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung von mehr als 14 Millionen Deutschen – wovon zwei Millionen ums Leben kamen – aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches und einer Reihe von Staaten Ost-Mitteleuropas am Ende des Zweiten Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsjahren waren Ausgangspunkt und sind Thema einer seit Jahrzehnten anhaltenden Debatte in Politik, Forschung und Medien. Die aktuelle Diskussion um „Flucht und Vertreibung“, so der gängige Sammelbegriff, entzündete sich zwischen 2000 und 2003 um die geplante Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibung bzw. um dessen Standort, Ausrichtung und konzeptionelle Gestaltung sowie um den Initiator dieser Zentrumsgegründung, dem Bund der Vertriebenen (BdV).¹ Einen neuen Höhepunkt erfuhr diese öffentliche Diskussion 2006, als mit großer Resonanz sowohl das „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn, Berlin und Leipzig die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“² als auch die „Stiftung Zentrum gegen Vertreibung“ in Berlin die Ausstellung „Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“³ zeigte.

Beim Umgang der Deutschen mit der Vertreibung eines größeren Teils ihres Volkes und dem Verlust der deutschen Ostgebiete geht es um die Auseinandersetzung mit einer einschneidenden Folge der selbstverursachten politischen Katastrophe, die 1933 begann, 1939 in einen Weltkrieg mündete und 1945 von außen durch die Alliierten Kriegsmächte mit der totalen Niederlage und der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands endete. Es geht um die so unterschiedliche Verteilung dieser Folgelast innerhalb des deutschen Volkes selbst und um das sich anschließende Problem der politischen, gesellschaftlichen und individuellen Bewältigung der Folgen des Vertreibungsgeschehens. Nachzugehen ist Fragen nach dem Umgang der Gesellschaft mit den materiellen und psychischen Folgen der Massenvertreibung und den Auswirkungen auf die Formierung deutscher Identität nach 1945. Alle vier Besatzungszonen sowie Berlin und somit beide 1949 entstandenen deutschen Staaten waren von den Folgen der Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung von mehr als 14 bzw. 12 Millionen Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa betroffen.⁴

Mit den auf den Alliierten Kriegskonferenzen in Teheran (November/Dezember 1943) und Jalta (Februar 1945) erörterten und dann auf der Potsdamer Konferenz (Juli/August 1945) gefaßten Beschlüssen zur Aussiedlung Deutscher und Deutschstämmiger, der Ver-

¹ Die Zahl der publizierten Standpunkte über ein Zentrum gegen Vertreibung in Presse und Fachzeitschriften ist kaum noch zu überschauen. Verwiesen wird daher beispielhaft auf das Heft 1 der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) von 2003, welches sich in 14 Beiträgen mit dem Thema befaßte sowie auf das Heft 10 der ZfG von 2005, das sich in neun Beiträgen dem Vertreibungsthema aus deutscher, polnischer und tschechischer Sicht widmete. Die Diskussion wurde auch zusammengefaßt: Rainer Eckert, Flucht und Vertreibung: Eine genauso notwendige wie überfällige Diskussion, in: Deutschland Archiv, 2004 (37.Jg.), S.14-19.

² Vgl. Flucht, Vertreibung, Integration, hrsg. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Begleitbuch zur Ausstellung, Bonn, Bielefeld 2005.

³ Vgl. Katharina Klotz, Doris Müller-Toovey, Wilfried Rogasch, Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts, hrsg. Zentrum gegen Vertreibung, Begleitbuch, o. O., 2006.

⁴ Vgl. Dierk Hoffmann, Michael Schwartz, Einleitung, in: Geglückte Integration?, S.7.

ständigung der Alliierten im Kontrollrat in Berlin über die Aufschlüsselung der heimatlos gewordenen Menschen auf die vier Besatzungszonen (November 1945) und der Ausweitung der Massenvertreibung entstanden im Sommer/Herbst 1945 unumstößliche Tatsachen, die alle Siegermächte und die neuen politischen Kräfte in Deutschland in die Pflicht nahmen.⁵

Die Vertreibung der Deutschen sollte nach dem Willen der Alliierten Siegermächte innerhalb der neuen Grenzen des „Potsdam-Deutschland“ Frieden stiften und die Minderheitenprobleme ein für allemal bereinigen. Die inzwischen nicht nur in der Wissenschaft bekannte Erklärung vom Premierminister Großbritanniens, Winston Churchill, im Dezember 1944 im britischen Unterhaus brachte die vorherrschende Meinung der Alliierten auf den Punkt: „Denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie zum Beispiel im Fall Elsaß-Lothringen. Reiner Tisch wird gemacht werden.“⁶

Lange vor der Potsdamer Konferenz stand bereits fest, daß das Sudetenland wieder Bestandteil der Tschechoslowakischen Republik sein würde, und ihr Staatspräsident Edvard Beneš hatte bereits 1941 im Londoner Exil die restlose Austreibung der deutschen Minderheit, der 3,5 Millionen Sudetendeutschen, gefordert. Im Mai 1943 erlangte Beneš die Zustimmung der USA und im Sommer 1943 die der Sowjetunion, bei Kriegsende fast alle Sudetendeutschen aus der ČSR zu vertreiben.⁷ Vom deutschen Reichsgebiet der Vorkriegszeit, so die Meinung der Alliierten, sollten Ostpreußen, dessen nördliche Hälfte die Sowjetunion beanspruchte, und die östlich der Oder-Neiße-Linie liegenden Teile von Pommern, der Mark Brandenburg und Schlesien abgetreten und unter polnischer Verwaltung bleiben, unter die sie die Sowjets bereits Mitte April 1945 stellte. Die Ausweisung der Deutschen aus ihrem Staatsgebiet betrieben dann aber nicht nur Polen und die Tschechoslowakei, sondern auch Ungarn, Jugoslawien und Rumänien.⁸

Die Alliierten Großmächte trugen gemeinsam die politische Verantwortung für die Massenvertreibung der Deutschen und die neue Grenzziehung in Osteuropa. Die Sowjetunion aber war von ihnen derjenige Staat, der einen direkten, konkreten Gewinn aus Vertreibung und Grenzverschiebung zog: Sie beanspruchte und behielt jene Gebiete, die sie im Gefolge des Hitler-Stalin-Paktes 1939/40 auf Kosten Polens besetzt hatte und verschob damit ihre Westgrenze („Curzon-Linie“). Als Ausgleich schlug sie der polnischen Seite eine „territoriale Westverschiebung“ auf Kosten Deutschlands vor. Das pro-sowjetische „Polnische Komitee der Nationalen Befreiung“ („Lubliner Komitee“) erhielt von Moskau im Juli 1944 eine erste Zustimmung zu einer deutsch-polnischen Grenzziehung entlang der Oder-Neiße-Linie.⁹ Hinzu kam, daß die alliierte Macht Sowjetunion mit diesen Gebietsansprüchen und mit ihren Vertreibungsplänen die Polen, das „Lubliner Komitee“, und die tschechoslowakische Exilregierung unter Beneš animierte, radikalste Ansprüche zu fordern und durchzusetzen. Mit der Festlegung der polnischen Westgrenze an Oder und Lausitzer Neiße sowie der Vertreibung von über drei Millionen Sudetendeutscher band Stalins

⁵ Vgl. Ernst Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, Bd. 1, S. 36–45, insbes. S. 43, 44, S. 79–93, insbes. S. 90f., S. 112–120, insbes. S. 119f.; Klaus-Dietmar Henke, Der Weg nach Potsdam – Die Alliierten und die Vertreibung, S. 61ff.

⁶ Zitiert bei Wolfgang Benz, Fünfzig Jahre nach der Vertreibung, S. 9.

⁷ Vgl. Detlef Brandes, Der Weg zur Vertreibung 1938–1945, S. 420–428.

⁸ Vgl. Wolfgang Benz, Fünfzig Jahre nach der Vertreibung, S. 9.

⁹ Vgl. Klaus Dietmar Henke, Der Weg nach Potsdam – Die Alliierten und die Vertreibung, S. 60–65.

Sowjetunion Polen und die Tschechoslowakei als neue Satellitenstaaten fest in ihr Imperium ein.¹⁰

Die Sowjetische Besatzungszone (SBZ)/DDR nahm mehr als vier Millionen und die westlichen Besatzungszonen/Bundesrepublik Deutschland knapp acht Millionen Flüchtlinge, Vertriebene und Zwangsumgesiedelte auf. Die sich etablierenden politischen Systeme in Ost- und Westdeutschland reagierten auf die massenhafte Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen mit verschiedenen politischen, ökonomischen und sozialen Mitteln und Methoden. In der SBZ setzte die sowjetische Besatzungsmacht und dann die SED-Führung ein striktes Assimilationskonzept gegenüber den Flüchtlingen und sogenannten Umsiedlern¹¹ durch. Die Vertriebenen-Politik der SED, die stets nur „Umsiedler-Politik“ genannt wurde, umfaßte sozialpolitisch-integrative und repressive Maßnahmen. Das stufenweise eingeleitete Ende einer spezifischen SED-Vertriebenenpolitik begann bereits 1948. 1952/53 erklärte die DDR-Regierung offiziell die Integration der „Umsiedler“ für abgeschlossen. Der 1953 erfolgte Abbruch einer gruppenspezifischen „Umsiedler-Politik“ war als Zeichen einer Nicht-Anerkennung eines besonderen Vertreibungsschicksals zu werten. Das Vertriebenen-Problem wurde aus der DDR-Öffentlichkeit verdrängt, verschwiegen, tabuisiert.

Die historische Forschung über die Vertriebenen-Thematik unterschied sich zwischen den beiden deutschen Staaten. Während in der alten Bundesrepublik sich bereits seit den 1950er Jahren die Vertriebenenforschung umfassend begründen konnte und in den 1980er Jahren im Zuge einer sozial- und alltagsgeschichtlichen Neuorientierung wieder „entdeckt“ wurde,¹² konnte sich diese Problematik als politisch unabhängige wissenschaftliche Forschung in den neuen Bundesländern erst ab 1990 etablieren. In der SED-gelenkten Geschichtswissenschaft der DDR wurde die Frage der Eingliederung der Vertriebenen in der SBZ/DDR erst in den 1980er Jahren als Forschungsthema zugelassen. Über den SED-Mythos der angeblich um 1952/53 erfolgten „Lösung der Umsiedlerfrage“ konnte sie sich aber nicht hinwegsetzen.¹³ Dennoch signalisierte diese in den engen ideologischen Grenzen des SED-Staates erfolgte Vertriebenenforschung das damals greifbar werdende gesellschaftliche Bedürfnis nach historischer Selbstvergewisserung. Die aus der DDR kommenden Historiker, insbesondere die von der Universität Magdeburg und der Humboldt-Universität Berlin setzten in den 1990er Jahren auf der Basis der nun auch für sie zugänglichen Primärquellen verschiedener Archive die Forschungen zu Flucht, Vertreibung und Eingliederung der Vertriebenen in der SBZ/DDR fort.

¹⁰ Vgl. Hermann Graml, Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa, S. 21–29.

¹¹ Zur Begriffsbestimmung „Vertreibung“ bzw. „Umsiedlung“ siehe Kapitel II.1.

¹² Die wissenschaftliche Literatur hierzu ist so umfassend und breit gefächert, daß nur verwiesen wird auf: Gertrud Krallert-Sattler, Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in der Schweiz, Wien 1989, und der Überblick über die Forschung zur Flüchtlingspolitik in der Bundesrepublik bei Ulrike Haerendel, Die Politik der „Eingliederung“ in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland, S. 109–133; mit zuletzt erschienen: Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961–1982), München 2007, und Christian Lotz, Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948–1972), Köln 2007.

¹³ Eine systematische Beschäftigung erfolgte an der Pädagogischen Hochschule Magdeburg um Manfred Wille und an der Humboldt-Universität Berlin um Wolfgang Meinicke. Vgl. die zusammenfassenden Artikel: Manfred Wille, Zur Integration der Umsiedler in die Gesellschaft 1945–1952, in: ZfG, 1988 (36.Jg.), S. 867ff.; Wolfgang Meinicke, Zur Integration der Umsiedler in die Gesellschaft 1945–1952, in: ebenda, S. 867ff.

Das Thema der Vertriebenenintegration in der SBZ/DDR gehörte in den 1990er Jahren beim Institut für Zeitgeschichte zum zentralen Forschungsbereich. Das Forschungszentrum führte im September 1995, im Juni 1996 und im Dezember 1997 unter Beteiligung von Historikern aus Ost- und Westdeutschland wissenschaftliche Kolloquien zu dieser Thematik durch. Ergebnisse der Forschungen und der Diskussionen erschienen in Sammelbänden.¹⁴ Die Forschungen der 1990er Jahre stellten die gemeinsamen und getrennten Wege der Integration der Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen in den Westzonen/Bundesrepublik und in der SBZ/DDR dar und verknüpften damit die Zeitgeschichten der DDR und der Bundesrepublik überzeugend.

Einen Meilenstein in der Vertriebenenforschung für die SBZ und frühe DDR stellte die 2004 veröffentlichte, knapp 1250 Seiten umfassende, Habilitationsschrift des Historikers Michael Schwartz dar.¹⁵

Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR ist seit 1990 systematisch vorangetrieben worden und hat breite Forschungslücken geschlossen. Das betrifft die „Umsiedler“-Problematik als Gegenstand von Politik und Bürokratie auf zentraler wie auf regionaler Ebene zwischen 1945 und 1952/53. Hier wurden die Vertriebenen-Politik und die Vertriebenen-Verwaltung der KPD/SED und die Rolle der SMAD/SKK ins Blickfeld der Forschung gerückt sowie Fragen nach den politischen Hintergründen der Integration gestellt und beantwortet.¹⁶ Wirtschaftliche und soziale Aspekte der Integration sowie die berufliche und gesellschaftliche Eingliederung der Vertriebenen wurden ausführlich behandelt und dargestellt.¹⁷

Unabhängig von der Wahl des Forschungsansatzes liegen detaillierte Forschungsergebnisse über regionale Studien zur Vertriebenenintegration, z.B. für Sachsen¹⁸, und über spezielle landsmannschaftliche Vertriebenen-Gruppen, u.a. die Bessarabien- oder die Su-

¹⁴ Vgl. 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, hrsg. Manfred Wille, Magdeburg 1997; Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, hrsg. Dierk Hoffmann, Michael Schwartz, München 1999; Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, hrsg. Dierk Hoffmann, Marita Krauss, Michael Schwartz, München 2000.

¹⁵ Vgl. Michael Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2004. Der Umfang der Vertriebenenforschung für die SBZ und frühe DDR lässt sich am Literaturverzeichnis bei Michael Schwartz, S. 1211 bis 1240, erkennen. Zuletzt von ihm erschienen: Ders., Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR und in der Bundesrepublik, in: Vierteljahrsschriften für Zeitgeschichte, 2008, S. 101–151.

¹⁶ Vgl. z.B. Manfred Wille, SED und „Umsiedler“ – Vertriebenenpolitik der Einheitspartei im ersten Nachkriegsjahrzehnt, S. 91–104; Michael Schwartz, Apparate und Kurswechsel. Zur institutionellen und personellen Dynamik von „Umsiedler“-Politik in der SBZ/DDR 1945–1953, S. 105–136; Manfred Wille, Die Vertriebenen und das politisch-staatliche System der SBZ/DDR, S. 203–217.

¹⁷ Vgl. Dierk Hoffmann, Vertriebenenintegration durch Arbeitsmarktlenkung? Zur Beschäftigungs-politik der SBZ/DDR (1945–1950), S. 173–192; Arnd Bauerländer, Die vorgetäuschte Integration. Die Auswirkungen der Bodenreform und Flüchtlingssiedlung auf die berufliche Eingliederung von Vertriebenen in die Landwirtschaft in Deutschland 1945–1960, S. 193–214; Peter Hübner, Industriearbeiter als Faktor der Vertriebenenintegration in der SBZ/DDR, S. 291–312.

¹⁸ Eine hervorragende Arbeit: Stefan Donth, Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945 bis 1952. Die Politik der Sowjetischen Militäradministration und der SED, Köln 2000; oder: Martin Holz, Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen 1943–1961, Köln 2003.

detendeutschen,¹⁹ vor.²⁰ Von besonderem Interesse ist die in den letzten Jahren wachsende Zahl von vergleichenden historischen Untersuchungen über deutsch-polnische und deutsch-tschechische Vertreibungs- und Integrationsprobleme, die das Vertreibungsge-schehen im gesamteuropäischen Kontext aufrollen.²¹

Das Thema Flucht und Vertreibung bzw. die Vertriebenenintegration in der SBZ/DDR wurde bisher in der historischen Forschung (fast) ausschließlich für den Zeitraum zwischen 1945 und Mitte der 1950er Jahre bearbeitet. Sieht man von einigen wenigen Studien lebensgeschichtlicher Eingliederungsprozesse Vertriebener über Generationen in der DDR bis in die Gegenwart ab, bricht die Vertriebenenforschung der SBZ/DDR Mitte der 1950er Jahre ab.²² Der Grund dafür lag in der SED-offiziellen Erklärung, daß um 1952/53 die „Integration der ehemaligen Umsiedler“ als abgeschlossen galt, es keine dezidiert ausgewiesene DDR-Vertriebenenpolitik mehr gab und daß die Vertriebenen – forschungstechnisch gesehen sehr nachteilig – in keiner Statistik mehr ausgewiesen wurden, ja ein Verbot existierte, überhaupt statistische Daten über die Gruppe der „Umsiedler“ zu erheben.²³ Das Thema Flucht und Vertreibung der Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsjahren war in der DDR von da an mit einem Tabu belegt, obwohl die Sowjetische Besatzungszone und spätere DDR den prozentual höchsten Anteil an Flüchtlingen und Vertriebenen hatte aufnehmen müssen.

Dessen ungeachtet drängt sich die Frage auf, ob die DDR-Staatsführung bzw. die SED-Spitze ein so gravierendes gesellschaftliches Phänomen, daß nämlich 1950 jeder vierte, 1961 noch jeder fünfte DDR-Bürger ein Vertriebener und Flüchtling war, und Ende der 1980er Jahre noch 3,7 Millionen Vertriebene der Erlebnisgeneration, einschließlich ihrer dort geborenen Kinder, in der DDR lebten²⁴, einfach übersehen und in ihrer Politik ignorieren konnte. Zu fragen ist, in welchen Politik- und Gesellschaftsbereichen, auf welchen Handlungs- und Gestaltungsebenen die SED/DDR-Führung, ob sie es wollte oder nicht, sich der Vertreibungs- und Vertriebenenproblematik stellen mußte, sie wahrnahm, sich mit ihr beschäftigte, agierte und reagierte.

Die DDR- bzw. SED-Führung stellte sich der Vertreibungsthematik bzw. den Flüchtlingen und Vertriebenen, sprich „Umsiedlern“. Die SED-Vertriebenenpolitik für den gesamten

¹⁹ Vgl. Ute Schmidt, Die Deutschen aus Bessarabien. Eine Minderheit aus Südosteuropa (1814 bis heute), Köln 2003; oder: Die Sudetendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Ankunft, Aufnahme und erste Integrationsversuche, hrsg. von Manfred Wille, Magdeburg 1993.

²⁰ Vgl. Bericht über den Stand der Vertriebenenforschung der SBZ/DDR von: Ulrike Haerendel, Zur Eingliederung der Vertriebenen in der SBZ/DDR, in: Deutschland Archiv, 2001 (34.Jg.), S. 319–321.

²¹ Vgl. Philipp Ther, Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der DDR und Polen 1945 bis 1956, Göttingen 1998; Beate Ihme-Tichel, Die DDR und die Deutschen in Polen. Handlungsspielräume und Grenzen ostdeutscher Außenpolitik 1948 bis 1961, Berlin 1997; Miloš Havelka, Gedächtnis und Geschichte, Zusammenleben und Vertreibung, in: ZfG, 2003 (51.Jg.), S. 13–19; Bernadetta Nitschke, Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949, München 2004; Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven, hrsg. von Włodzimierz Borodziej, Hans Lemberg, Band 1 bis 4, Marburg 2000 bis 2006; Alle Beiträge der Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Aus Politik und Zeitgeschichte, 5–6/2005.

²² Eine Ausnahmen ist die Arbeit von Michael Schwartz. Ders., Tabu und Erinnerung. Zur Vertriebenen-Problematik und literarischer Öffentlichkeit der DDR, S. 85–101.

²³ Vgl. Gerald Christopeit, Verschwiegene vier Millionen. Heimatvertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, S. 241f.

²⁴ Vgl. Karl Heinz Schaefer, Anmerkungen zur Zahl der in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1990 lebenden Vertriebenen, S. 66f.

Zeitraum der staatlichen Existenz der DDR von 1949 bis 1990 umfaßte innenpolitische, außenpolitische und deutsch-deutsche Dimensionen.

Die Sicht des Staates und der SED-Staatspartei auf die „ehemaligen Umsiedler“ ab Beginn der 1950er Jahre war in erster Linie bestimmt vom negativ-repressiven Vorgehen gegen ein gelebtes oder geäußertes Sondergruppenbewußtsein. Unter Beobachtung der SED-Sicherheitsorgane standen „Umsiedlerkonzentrationen“ in Betrieben, Institutionen oder an Wohnorten und Selbstorganisationsbestrebungen von Vertriebenen, die sich für die gesamte DDR-Zeit nachweisen lassen. Die Studie widmet sich diesen Punkten und fragt einerseits, ob und wie es der SED-Führung gelang, ihr Tabuisierungsgesetz über das Geschehen von Flucht, Vertreibung, Heimatverlust und neuer Grenzziehung durchzusetzen. Andererseits wird die Frage gestellt, welche Selbstbehauptungsstrategien und Kommunikationsprozesse die „ehemaligen Umsiedler“ in der DDR umsetzen konnten und ob und wie sie dem repressiven Vorgehen von Staat und SED ausweichen bzw. widerstehen konnten.

Die Arbeit greift die Problematik auf, wie sich das außenpolitische Verhältnis der DDR von den 1950er bis in die 1980er Jahre zu den unmittelbaren östlichen Nachbarstaaten Polen, Tschechoslowakei und Sowjetunion vor dem Hintergrund der Vertreibung der Deutschen und der Gebietsabtretungen gestaltete. Es wird thematisiert, wie die SED-Führung auf die polnische, tschechoslowakische bzw. sowjetische Politik gegenüber der deutschen Minderheit reagierte. Welche Politik betrieb die DDR aus eigenem Antrieb und Interesse bezüglich der dort jeweils verbliebenen Deutschen? Verstand sie sich als Anwalt dieser Deutschen oder aber nahm sie sich dieser Rolle widerstrebend und erst unter dem bundesdeutschen Konkurrenzdruck an und wandelte sich die Haltung der DDR-Regierung zu diesem Problem im Untersuchungszeitraum?

Die SED-Führung sah in den „ehemaligen Umsiedlern“ vorwiegend ein sicherheitspolitisches Problem, wenn es um landsmannschaftliche Kontakte über die deutsch-deutsche Grenze hinweg ging. Die Studie stellt dar, wie und mit welchem Erfolg der DDR-Repressionsapparat – das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), die Polizei und Justiz – daran ging, diese Verbindungen zu kontrollieren und nach Möglichkeit zu unterbinden. Wie nahm die SED-Führung bzw. ihr Staatssicherheitsdienst die Aktivitäten der bundesdeutschen Vertriebenenorganisationen – der ostdeutschen Landsmannschaften und des Bundes der Vertriebenen (BdV) – wahr, und mit welchem Ergebnis versuchte sie deren Wirkung auf die „ehemaligen Umsiedler“ in der DDR abzuschwächen? Des weiteren wird herausgearbeitet, mit welchem Ziel und Erfolg die sogenannten SED-Revanchismus-Kampagnen der 1960er und 1970er Jahre zur internationalen Anerkennung der DDR beitrugen, die Darstellung der DDR als „deutschen Friedensstaat“ beförderten und die „BRD als das revanchistische Deutschland, welches die bestehenden Grenzen in Europa nicht anerkennt“, abwerteten.

Als Grundlage für die Bearbeitung des Themas „Vertriebenenpolitik der SED“ standen in erster Linie ungedruckte Quellen aus verschiedenen Archiven zur Verfügung. Die Schwierigkeit in der Forschungsarbeit bestand darin, daß, wie oben angemerkt, es ab 1951/52 keine statistischen Angaben mehr über Vertriebene gab, und damit in keinem Archiv eigens ausgewiesene Bestände oder geschlossene Aktengruppen zur Vertriebenenproblematik existieren. Es mußten daher verschiedenste Bestände unterschiedlicher Provenienz nach direkten und indirekten Zusammenhängen und Hinweisen zur SED-„Umsiedler“-Politik und dem Umgang mit der Vertreibungsproblematik in der DDR durchgesehen werden. Aussagekräftige Quellen und Dokumente fanden sich im Bundesarchiv Berlin, in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv,

Berlin, im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin,²⁵ in der Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Berlin. Überraschend interessant und faktenreich waren die Unterlagen, Sammlungen und Quellen im Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Die vorliegende Studie entstand im Zeitraum von Herbst 2005 bis Ende 2007 am Forschungsverbund SED-Staat, Abteilung Malteserstraße, an der Freien Universität Berlin. Sie wurde vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bonn, gefördert. Für die stetige Unterstützung gilt mein besonderer Dank dem Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat, Abteilung Malteserstraße, und zugleich Betreuer des Projekts, Herrn Professor Dr. Manfred Wilke. Danken möchte ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der einschlägigen Archive und Bibliotheken in Berlin und München, die stets hilfreich bei der Beschaffung von Unterlagen und Kopien für meine Arbeit waren. Für die sorgfältige und kritische Durchsicht meines Manuskripts möchte ich des weiteren Frau Dr. Kornelia Lobmeier, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig des Hauses der Geschichte, und Herrn Professor Dr. Michael Schwartz, Institut für Zeitgeschichte, Abteilung Berlin, besonders danken.

Berlin, im Juni 2008

Heike Amos

²⁵ Bei der Nutzung der Unterlagen im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes ist zu berücksichtigen, daß hier eine Sperrfrist für Archivgut von 30 Jahren besteht. Im Rahmen dieser Studie konnten daher nur Unterlagen bis 1976/77 eingeschen werden.

